

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Behalten und Vorkosten, unsere Anzeigen in jeder Zeit beliebig zu ändern. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Kündigungen erfolgen nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Tages- und Wochenblätter nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachtragsdruck erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 294 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Volksred.: Dresden 2840

Freitag, den 16. Dezember 1932

## Nur ein Programmpunkt: Arbeitsbeschaffung. Des Reichskanzlers Rede im Rundfunk.

Reichskanzler von Schleicher machte Donnerstagabend folgende Ausführungen über sein Regierungsprogramm:

Meine Damen und Herren!

Der General Veymann hat als Alterspräsident in Reichstags Bemerkungen über den Reichspräsidenten gemacht, die auf das Schärfste zurückgewiesen werden müssen. Wenn auch die historische Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten weit über derartigen Angriffen steht, so bleibt es doch tief bedauerlich, daß ein angesehenes Mitglied des Reichstages mit diesen Angriffen nicht nur gegen das Staatsoberhaupt, sondern auch gegen den alten Kameraden und seinen großen Führer im Weltkriege Stellung genommen hat.

Ich habe gegen die Annahme des Kanzleramtes die allerhöchsten Bedenken gehabt. Einmal, weil ich nicht der Nachfolger meines Freundes Papen, dieses Mannes ohne Furcht und Tadel, sein wollte, dessen vom reinen Willen und hoher Vaterlandsliebe getragenes Wirken erst eine spätere Zeit voll anerkennen wird, vor allen Dingen aber, weil der Wehrminister als Reichskanzler nach Militärdiktatur riecht,

und weil die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß durch eine Verbindung dieser beiden Ämter die Wehrmacht zu stark in die Politik gezogen werden könnte. Nur die Überlegung, daß eine solche Maßnahme den Ernst der Situation so scharf kennzeichnen und auf gewisse Unruhefaktoren so abblühend wirken würde, daß dadurch der tatsächliche Einsatz der Wehrmacht verhindert werden kann, hat mich zur Zurückstellung meiner Bedenken veranlaßt. Ich möchte deshalb heute auch an alle Volksgenossen die Bitte richten, in mir nicht nur den Soldaten, sondern den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten

für eine hoffentlich nur kurze Zeit zu sehen, der nicht gekommen ist, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden.

Es läßt sich leicht auf der Spitze der Bajonette, d. h. man kann auf die Dauer nicht ohne eine breite Volkstimmung hinter sich regieren. Diese Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung wird sich aber gerade eine Regierung wie die von mir geführte erst durch ihre Taten erwerben müssen, und ich gebe mich über die Schwere dieser Aufgabe keiner Illusion hin. Zunächst werde ich schon zufrieden sein, wenn die Volkvertretung, der ich für diese Zeit gern eine starke Dosis gesunden Mißtrauens zubillige, der Regierung ohne Hineinreden und die hinlänglich bekannten parlamentarischen Methoden Gelegenheit gibt, ihr Programm durchzuführen. Dieses Programm besteht aus einem einzigen Punkt:

„Arbeit schaffen!“

Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen. In unserem Volke lebt ein Schaffensdrang, der durch keine Enttäuschungen umzubringen ist, und in allen Bevölkerungsschichten kämpft man mit demselben Mut und derselben Beißens Zähigkeit wie im Kriege heute gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit. Ich habe deswegen dem Reichspräsidenten die

### Ernenennung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung

vorgeschlagen.

Seine Aufgabe wird es sein, jeder Arbeitsmöglichkeit nachzuspüren,

ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm

aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen, wobei er bürokratischen und sonstigen Hemmnissen gegenüber die Rolle des Schächerhundes übernehmen muß. Fraglos ist eine solche Arbeitsbeschaffung volkswirtschaftlich betrachtet mit größeren Risiken behaftet als eine auf natürlichem Wege eintretende Arbeitsvermehrung. Das Programm muß in erster Linie auf die Instandsetzung der vorhandenen Produktionsgüter und auf ihre Verbesserung abgestellt werden, und die Vergabe der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen. Außerdem wird sichergestellt werden, daß die bereitgestellten Geldmittel ausschließlich für die Finanzierung dieser Arbeiten verwendet werden. Entscheidend wichtig war es, daß für diese Finanzierung eine Lösung gefunden wurde, die

jede Inflation ausschließt.

Dafür bietet die Mitarbeit des Reichsbankpräsidenten Lohse, den man wohl als den Garanten der Währung bezeichnen darf, die sicherste Garantie, ebenso wie es für

eine allmähliche Besserung der immer noch recht gespannten Finanzlage des Reiches keine bessere Garantie gibt, als das berechnigte Vertrauen, das dem derzeitigen Reichsfinanzminister aus allen Kreisen des In- und Auslandes entgegengebracht wird.

Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung

eng zusammen. Gerade auch als Wehrminister muß ich auf Befriedung unserer Ostmark den größten Wert legen. Denn letzten Endes sind es doch immer die Menschen auf eigener Scholle gewesen, die den besten Grenzwall gegen das Vordringen fremden Volkstums abgeben. Um in der Siedlungsfrage zukünftig schneller vorwärtzuzukommen, ist innerhalb des Reichskabinetts dem Reichskanzler und in seiner Vertretung dem Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, ein besonderer Einfluß auf das Siedlungswesen eingeräumt.

Für das Jahr 1933 sind zunächst 50 Millionen Mark für die Siedlungen im Haushaltsplan bereitgestellt worden und weitere 50 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert. In den Landbezirken Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung umfangreiches Land zugeführt werden.

Der tiefere Grund für die Not Deutschlands und der Welt liegt darin, daß zuviel Menschen die Verbindung mit dem Boden verloren haben, in Großstädten zusammengeballt leben und damit von jeder Wirtschaftsveränderung härter getroffen werden als der Mann auf eigener Scholle. Es wird der Arbeit einer Generation bedürfen, die Fehler dieser Entwicklung auszugleichen.

In diese Sinne hält die Reichsregierung zur Zeit folgende wirtschaftliche Richtlinien

für vernünftig, was nicht ausschließt, daß nach Jahr und Tag die Situation andere Maßnahmen erfordert. Es gilt den erfreulich hohen Stand der Erzeugung an Nahrungsmitteln zu erhalten und der Landwirtschaft gesunde Erzeugungsbedingungen zu verschaffen. Die Arbeitslosigkeit kann auf die Dauer nur verhindert werden, wenn es gelingt, den Umfang der gewerblichen und industriellen Tätigkeit erheblich zu vergrößern. Die Regierung wird daher nach wie vor ihr Augenmerk in erster Linie auf eine Belebung des Binnenmarktes richten, der die stärksten Schrumpfungen aufweist. Vom Binnenmarkt allein aus aber wird es nicht möglich sein, im eigenen Lande genügend Arbeitsmöglichkeiten bereitzustellen. Wir müssen vielmehr für einen erheblichen Teil unserer Bevölkerung Beschäftigung dadurch schaffen, daß wir

Waren für das Ausland erzeugen.

Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn wir nebeneinander sowohl die Nutzung des heimischen Bodens wie auch die gewerbliche Tätigkeit für den Inlandmarkt und schließlich den Warenaustausch mit dem Ausland in zweckmäßigen Verhältnis zueinander pflegen.

Der Schutz der Landwirtschaft gegen Störungen vom Weltmarkt her muß durch

innenvirtschaftliche Maßnahmen

ergänzt werden. Es muß insbesondere dem für die Vieh- und Milchwirtschaft entscheidenden Fettproblem besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.



Reichskanzler von Schleicher vor dem Mikrofon.

Die Reichsregierung wird sich noch vor Weihnachten mit den zur Durchführung dieser Grundsätze nötigen Maßnahmen beschäftigen, weil ich der Auffassung bin, daß alle noch so schönen wirtschaftlichen Ausbaupläne zunichte werden müssen, wenn es nicht gelingt, in Deutschland wieder eine gesunde Landwirtschaft herzustellen.

Für ganz besonderes Augenmerk wird die Reichsregierung auf die Befestigung der

Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft richten. Alle diese Maßnahmen, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Ankurbelung der Wirtschaft, müssen aber erfolglos verpuffen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der

Glauben an eine bessere Zukunft

fehlen. Wie ist dieses Vertrauen und dieser Glaube zu schaffen? Durch freudige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten und durch möglichst weitgehende Ausschaltung von Reibungen und absichtlichen Störungen. Es ist etwas viel verlangt, in dieser schweren Krisenzeit freudige — ich unterstreiche das Wort „freudig“ — Mitarbeit zu verlangen und doch weiß ich, daß beim deutschen Volke auch dies möglich ist, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt wird. Also

ein sozialer General,

höre ich manchem meiner Zuhörer mit zweifelndem oder sogar spöttischem Achselzucken sagen.

Ja, meine Damen und Herren, es hat in der Tat nichts Sozialeres gegeben, als die Armee der allgemeinen Wehrpflicht, in der Arm und Reich, Offizier und Mann in Reih und Glied zusammenstanden und in den Wunderjahren des Weltkrieges eine Kameradschaft und ein Zusammengehörigkeitsgefühl bewiesen haben, wie es die Geschichte nicht seinesgleichen kennt.

Ich betrachte es daher im Sinne der Neubeder Botschaft des Herrn Reichspräsidenten, der erst kürzlich wieder bei einer Unterredung mit den Führern der Christlichen Gewerkschaften seine Volksverbundenheit zum Ausdruck gebracht hat, als eine meine Hauptaufgaben, den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmassnahmen zur Geltung zu bringen.

Die schwierige Lage unserer Wirtschaft und die weitverbreitete Kurzarbeit hat die Arbeitslosen tief herabgedrückt. Eine weitere allgemeine Senkung ist weder sozial erträglich, noch wirtschaftlich zweckmäßig.

Die Reichsregierung bekennt sich zur Sozialversicherung. Sie wird alles tun, um die Versicherungssträger leistungsfähig zu erhalten.

Ich weiß sehr wohl, welche Not heute unter den Millionen von Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kleinrentnern und Kriegsoffizern herrscht. Auch beim besten Willen wird es uns nicht gelingen, diese Not in den nächsten Monaten völlig zu beseitigen. Ich werde aber alle meine Kräfte einsetzen, um die Not im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu mildern und namentlich unbillige Härten zu beseitigen. Ich hoffe dabei auf die Mithilfe und die Opferbereitschaft aller, die vor der schlimmsten Not bewahrt geblieben sind.

Mit besondere Winterhilfe

wird von der Regierung folgendes veranlaßt werden: Sie wird vor allem die Preisfleischverbilligung verstärken und wie im Vorjahre über die Hilfsmassnahmen der Kohlenenergie und der Reichsbahn hinaus eine weitere Verbilligung der Hausbrandkohle für die notleidende Bevölkerung auf Reichskosten vornehmen. Ferner wird sie den Kreis der Empfänger auch auf die allein in der Unterstufung berechtigten, zu denen auch die Kleinrentner gehören, ausdehnen. In diesem Zusammenhang muß ich aber

ein Wort ersterer Mahnung an die Reichstagsausschüsse richten. Ich verhebe durchaus, daß die Volkvertretung sich mit allen Kräften um die Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Wähler bemüht. Ich kann es aber nicht mehr als verantwortungsbewußt bezeichnen, wenn man Ausschüsse sacht, die dem Reich viele Hunderte von Millionen kosten würden, von denen man also genau weiß, daß sie bei der ersten Lage der Reichsfinanzen niemals durchgeführt werden können.

Die zur wirtschaftlichen Beruhigung notwendige Ausschaltung aller absichtlichen Störungen hat in der Vergangenheit leider eine große Zahl von

Ausnahmebestimmungen

nötig gemacht. Ich habe den Herrn Reichspräsidenten gebeten, die zweifellos eingetretene Verunsicherung zum Anlaß zu nehmen, um derartige Ausnahmebestimmungen aufzuheben, um endlich einmal wieder zu normalen Rechtsverhältnissen zurückzukehren.